

Eine alternative Perspektive auf die aktuellen Nachrichten | Fabian Scheidler

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse heute und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza. Heute werde ich mit dem Autor und unabhängigen Journalisten Fabian Scheidler sprechen. Fabian Scheidler ist Autor mehrerer Bücher, zuletzt *Das Ende der Megamaschine: Geschichte einer scheiternden Zivilisation*. Fabian, willkommen zurück.

Fabian Scheidler (FS): Danke für die Einladung, Zain.

ZR: Am 5. Februar veröffentlichten Sie einen Artikel mit dem Titel *Gaza The German Far Right And The Hypocrisy Of The Ruling Class* (Die deutsche extreme Rechte und die Heuchelei der herrschenden Klasse), in dem Sie sich mit den weit verbreiteten Demonstrationen in Deutschland gegen die Alternative für Deutschland (AfD) befassen, die stattfanden, nachdem das Magazin *Corrective* enthüllt hatte, dass einige Mitglieder an einer Konferenz teilnahmen, auf der ein geheimer Plan zur Abschiebung von Migranten diskutiert wurde. In Ihrem Artikel konzentrieren Sie sich auf die etablierten Parteien wie die Konservativen und die Christlich-Demokratische Union (CDU), die Sozialdemokraten (die SPD), die Grünen und die Liberalen, die diese Demonstrationen lautstark unterstützt und auch an ihnen teilgenommen haben. Können Sie die Kernpunkte des Artikels näher erläutern und erklären, warum Sie diese Vorgehensweise so heuchlerisch finden?

FS: Gerne. Zunächst einmal finde ich es bemerkenswert, dass so viele Menschen gegen die Politik der Rechten und gegen die Idee der Abschiebung von Migranten auf die Straße gegangen sind. Ich denke, das ist ein gutes Zeichen. Es war eine der bedeutendsten Demonstrationen in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Was ich heuchlerisch finde, ist, dass die Regierungsparteien, also die Sozialdemokraten, die Grünen und die Liberalen sowie die Opposition der Christdemokraten, sich an die Spitze der Demonstrationen gestellt haben und sich als Verteidiger der Demokratie und höherer Werte und als Verteidiger gegen den

Rechtsextremismus dargestellt haben, während diese Parteien gleichzeitig eine rechtsextreme israelische Regierung bei ihrem Angriff auf Gaza schützen und unterstützen. Bei den israelischen Angriffen sind bisher etwa 27.000 Menschen ums Leben gekommen, und es handelt sich gewiss um schwere Kriegsverbrechen; und das ist noch gelinde ausgedrückt. Die deutsche Regierung, einschließlich der Grünen, der Liberalen und der Sozialdemokraten, hat Israel von Anfang an unterstützt. Der deutsche Bundeskanzler, Olaf Scholz, sagte sogar vor ein oder zwei Monaten, dass jegliche Anschuldigungen, Israel würde internationales Recht oder humanitäres Recht verletzen, absurd wären. Inzwischen wird vor dem Internationalen Gerichtshof über Völkermord verhandelt. Ob es sich dabei um Völkermord handelt oder nicht, wird vom Gericht geprüft werden, aber wir haben gesehen, und Amnesty International, Human Rights Watch und andere Organisationen sowie die Vereinten Nationen selbst haben wiederholt erklärt, dass es sich um schwere Kriegsverbrechen handelt. Daher ist die Vorstellung, dass dieselben Parteien, die eine rechtsextreme Regierung in Israel unterstützen, gleichzeitig die Welt vor dem rechtsextremen Flügel verteidigen, völlig heuchlerisch. Und so denke ich, dass jetzt in der ganzen Welt eine Debatte über die Situation in Israel geführt wird, wobei sich Deutschland noch mehr isoliert.

ZR: Lassen Sie uns näher auf die von Ihnen kurz erwähnte Klage Südafrikas gegen Israel eingehen. Auch möchte ich die bisherige Situation rekapitulieren. Am 29. Dezember reichte die südafrikanische Regierung beim Internationalen Gerichtshof (IGH) Klage gegen Israel ein und beschuldigte das Land des Völkermords bei seinem Angriff auf den Gazastreifen, bei dem bis heute mindestens 27.500 Zivilisten getötet wurden, die meisten davon Frauen und Kinder. Kurz nachdem Südafrika die Klage eingereicht hatte, wies die deutsche Regierung die Anschuldigung scharf zurück und bezeichnete sie als politische Instrumentalisierung der UN-Völkermordkonvention. Sie kündigte zudem an, als dritte Partei für Israel vor dem IGH einzutreten. Anfang dieser Woche warnte Nicaragua Deutschland, das Vereinigte Königreich, die Niederlande und Kanada, es werde sie vor dem Internationalen Gerichtshof verklagen, sollten sie Israel weiterhin mit Waffen beliefern. Die Erklärung lautete wie folgt. Zitat: „Nicaragua hat die Regierungen des Vereinigten Königreichs, Deutschlands, der Niederlande und Kanadas aufgefordert, die Lieferung von Waffen, Munition, Technologie und/oder Bauteilen an Israel unverzüglich zu stoppen, da die Möglichkeit besteht, dass diese zur Erleichterung oder Begehung von Verstößen gegen die Völkermordkonventionen verwendet wurden“, Zitat Ende. Können Sie etwas zur Glaubwürdigkeit von Südafrikas Völkermordklage gegen Israel sagen und anschließend die Rolle Deutschlands im Detail bewerten?

FS: Meiner Meinung nach ist der Fall am IGH gegen Israel wirklich ein wichtiger Meilenstein unserer jüngsten Geschichte. Dem IGH wurde zuweilen vorgeworfen, parteiisch zu sein; eine prowestliche Ausrichtung zu haben. Nun wird sich zeigen, ob das Gericht in der Lage ist, unabhängig über einen westlichen Verbündeten, nämlich Israel, zu entscheiden. Und ich denke, der Fall Südafrika ist sehr bedeutsam. Südafrika hat eine langjährige Erfahrung mit dem Apartheidsregime, welches es mehr oder weniger friedlich überwunden hat. Daher denke ich, dass sie sich in einer sehr guten Position befinden, um dieses Argument vorzubringen. Sie haben ein sehr überzeugendes Argument vorgelegt. Und der IGH hat in

einer Dringlichkeitsentscheidung festgestellt, dass der Fall plausibel ist. Sie betrachten also ernsthaft die Anschuldigung, Israel begehe Völkermord im Gaza-Streifen. Und die deutsche Position ist wirklich sehr heikel. Sie intervenierten und erklärten, es gebe keinerlei Grundlage für den südafrikanischen Fall, obwohl diese Kriegsverbrechen bekannt sind. Nur um einige davon zu nennen, allein die israelische Blockade des Gazastreifens war schon vor dem 7. Oktober ein Verbrechen nach internationalem Recht. Unmittelbar nach dem 7. Oktober erklärte die israelische Regierung, dass sie den Gazastreifen nun vollständig belagern werde, was nach internationalem Recht absolut illegal ist, da eine ganze Bevölkerung davon betroffen ist. Nach der Genfer Konvention, insbesondere der Vierten Genfer Konvention, ist eine so genannte kollektive Bestrafung einer Bevölkerung illegal. Die Angriffe der Hamas auf Israel waren zweifelsohne entsetzlich. Sie waren ein schweres Verbrechen. Aber das gibt Israel völkerrechtlich gesehen kein Recht auf eine kollektive Bestrafung. Und das Völkerrecht ist für Situationen wie diese konzipiert, für Kriegssituationen, für Situationen mit schweren Konflikten und Krisen. Daher muss sich jede Partei an das Völkerrecht halten. Israel hat sogar die Genfer Konvention unterzeichnet, gegen die es fortwährend verstößt. Auch hat Israel zivile Infrastrukturen bombardiert, darunter Krankenhäuser, Schulen und Kultureinrichtungen, und nach der Genfer Konvention ist Israel verpflichtet, diese Einrichtungen nicht nur nicht anzugreifen, sondern sie aktiv zu schützen. Israel hat dies nicht getan. Israel blockiert weiterhin humanitäre Hilfe. Es gelangt zwar etwas humanitäre Hilfe nach Gaza, aber nicht ausreichend. Wir haben eine Situation, in der an Kindern ohne jegliche Betäubung Amputationen vorgenommen wurden, weil es wegen der teilweisen Blockade keine medizinische Ausrüstung gibt. Es geschehen also viele Verstöße gegen das Völkerrecht. Einige davon könnten unter die Völkermordkonvention fallen, um die sich der IGH kümmert, aber wie einer der Kolumnisten der israelischen Vorzeigzeitung Haaretz kürzlich schrieb, ist das Wichtigste bei dieser Entscheidung, ob es sich um Völkermord handelt oder nicht, dass es sich um eine Reihe von Kriegsverbrechen handelt, die gestoppt werden müssen, selbst wenn es nicht als Völkermord angesehen wird. Und die Position der deutschen Regierung war von Anfang an, Israel mehr oder weniger bedingungslos zu unterstützen. Es gab einige Äußerungen von Annalena Baerbock, unserer Außenministerin, in denen sie sagte, man müsse das Leben von Zivilisten schonen. Aber sie haben nichts getan, um in den Vereinten Nationen einen Waffenstillstand zu fordern, wie es 153 Nationen in der Generalversammlung getan haben. Und sie haben Lobbyarbeit betrieben, um die EU von einer Erklärung abzuhalten, die einen Waffenstillstand fordern würde. Die deutsche Position ist also, wie ich finde, angesichts der deutschen Geschichte unbegreiflich. Die deutsche Regierung behauptet immer, die Lehren aus der deutschen Geschichte seien, dass man Israel bedingungslos unterstützen müsse. Ich finde, die Lektion, die wir aus der deutschen Geschichte lernen sollten, ist, dass wir Menschen, Zivilisten, ohne Einfluss ihrer Nation, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts und ihrer religiösen Überzeugungen schützen müssen. Das ist die Lektion, die wir aus der Geschichte hätten lernen müssen. Und wir erleben jetzt, dass die deutsche Regierung sich auf die Seite eines Staates stellt, der viel Gewalt gegen die Menschen eines anderen Staates ausübt, ohne diese Menschen zu schützen, unabhängig von ihrer Hautfarbe oder Nation. Ich halte das für sehr beunruhigend. Und auch Namibia hat seine Stimme erhoben, um Deutschland für diese Intervention vor dem Internationalen Gerichtshof zu kritisieren.

ZR: Zum Zwecke der Objektivität möchte ich einige Gegenargumente anführen, die sowohl die israelische als auch die westliche Regierung routinemäßig vorbringen. Und ich möchte Sie bitten, auf diese Argumente einzeln zu antworten. Erstens, Israel hat alle möglichen Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, um die Zivilbevölkerung in Gaza vor seinen Bombardierungen zu warnen, indem es zum Beispiel Flugblätter aus der Luft abwarf und sie aufforderte, in sicherere Gebiete zu fliehen.

FS: Die UN und Menschenrechtsorganisationen haben immer wieder darauf hingewiesen, – und ich halte dies für richtig – dass es in Israel keinen sicheren Ort gibt, an den man gehen kann. Selbst wenn man Flugblätter aus einem Flugzeug abwirft. Es ist einfach lächerlich zu behaupten, dass Sie irgendwelche Vorkehrungen getroffen haben, um das Leben von Zivilisten zu retten. Das Gegenteil ist der Fall. Israel hat zivile Infrastrukturen bombardiert, wo es nur konnte, und hat dabei kein einziges ziviles Leben verschont.

ZR: Zweitens, die Hamas benutzt Zivilisten als Schutzschild, indem sie sich unter ihnen versteckt und diesen Vorteil für den Raketenbeschuss israelischer Zivilisten nutzt.

FS: Die Hamas hat Raketen abgefeuert, was nach internationalem Recht ebenfalls illegal ist, wenn Zivilisten getroffen werden. Die Palästinenser haben nach internationalem Recht einen Anspruch darauf, sich gegen Besatzung und Blockade zu wehren, auch mit militärischen Mitteln, aber sie haben nicht das Recht, Zivilisten zu töten. Ich kritisiere also die Hamas für diese Art von Aktionen, aber gleichzeitig gibt dies Israel keinen Anlass, Zivilisten in unverhältnismäßiger Weise zu töten und Maßnahmen zu ergreifen, die das Völkerrecht als kollektive Bestrafung bezeichnet. Wenn es darum geht, Zivilisten als menschliche Schutzschilde zu missbrauchen, was in Gaza angeblich der Fall war, hat sich die Geschichte des Al-Schifa-Krankenhauses als reine Fälschung herausgestellt. Es gab keine größeren militärischen Strukturen unter dem Al-Schifa-Krankenhaus. Die Tunnel, die Israel später präsentierte, wurden von Israel selbst gegraben. Selbst wenn eine militärische Organisation wie die Hamas Zivilisten als menschliche Schutzschilde im Sinne der Genfer Konvention benutzt, sind alle Parteien dennoch verpflichtet, Zivilisten zu schützen. Der Schutz der Zivilbevölkerung hat also Vorrang vor militärischen Zielen. Auf jeden Fall kann Israel nicht behaupten, dass dies 20.000 tote Zivilisten und mehr als 10.000 tote Kinder in Gaza rechtfertigen würde.

ZR: Im vergangenen Monat beschuldigte Israel das Hilfswerk der Vereinten Nationen, auch UNRWA genannt, von mindestens 190 Mitgliedern der Hamas und des Islamischen Dschihad unterwandert zu sein. In dem sechseitigen Geheimdienstossier Israels wurden zwölf Mitglieder mit Bildern genannt. Nach dieser Anschuldigung froren 16 Geberländer, darunter die wichtigsten Beitragszahler USA und Deutschland, die 400 Millionen für das Hilfswerk ein, was dessen Kapazitäten stark beeinträchtigte. UNRWA hat rund 13.000 Mitarbeiter in Gaza und erbringt wichtige Dienstleistungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Die UN hat daraufhin die Verträge der beschuldigten Mitarbeiter gekündigt und eine Untersuchung der von Israel erhobenen Vorwürfe eingeleitet. Israel hat das vollständige Geheimdienstossier nicht an die UN weitergegeben, sondern es über die internationalen Medien verbreitet, die es ihrerseits veröffentlichten. US-Außenminister Antony Blinken

erklärte, als er zu den Beweisen befragt wurde, Zitat: „Wir hatten nicht die Möglichkeit, die Behauptungen selbst zu untersuchen, aber sie erscheinen sehr, sehr glaubwürdig“, Zitat Ende. Wie glaubwürdig sind Ihrer Einschätzung nach diese Behauptungen Israels? Und zweitens: Sollte die Finanzierung durch die USA und Deutschland eingefroren bleiben, bis die Untersuchung abgeschlossen ist?

FS: Wie Sie bereits erwähnten, Zain, sind dies lediglich Behauptungen der israelischen Regierung oder der Geheimdienste. Es gibt noch keine Beweise. Das sagt UNRWA selbst, sowie andere UN-Institutionen und die Presse. Solange es also keine stichhaltigen Beweise gibt, müssen wir von der Unschuldsvermutung ausgehen. Und selbst wenn sich herausstellen sollte, dass einige der Mitglieder von UNRWA – es gibt 30.000 Mitarbeiter, nicht nur im Gazastreifen, sondern auch im Westjordanland, im Libanon und anderswo, die sich um palästinensische Flüchtlinge kümmern – selbst wenn einige von ihnen kriminelle Handlungen begangen haben sollten, würde das nicht bedeuten, dass wir die Finanzierung von UNRWA einstellen müssen. Die Arbeit von UNRWA ist für das Überleben von Millionen von Menschen unerlässlich. 2,3 Millionen Menschen in Gaza sind von UNRWA abhängig. Und inzwischen häufen sich die Warnungen, dass der Gazastreifen am Rande einer schweren Hungersnot steht. Und wenn die Menschen bereits jetzt hungern, dann würden sie bei einer Einstellung von UNRWA verhungern. UNRWA ist der wichtigste Kanal für humanitäre Hilfe in Gaza. Daher halte ich die Einstellung der Finanzierung von UNRWA in der Tat für kriminell. Die Anschuldigungen müssen untersucht werden. Natürlich müssen UNRWA-Mitglieder, die an kriminellen Aktivitäten beteiligt sind, strafrechtlich verfolgt werden, daran besteht kein Zweifel. Aber die Streichung von Mitteln für UNRWA in der derzeitigen Situation ist meiner Meinung nach wirklich höchst unmoralisch. Der Leiter von UNRWA sagte, dass er jetzt versuche, Gelder von arabischen Staaten zu erhalten, da die westlichen Staaten die Mittel für UNRWA einstellen. Interessant ist auch, wer die Staaten sind, die die Finanzierung von UNRWA jetzt einstellen. Im Grunde sind es NATO-Staaten. Es ist wieder der Westen gegen den Rest der Welt und der Westen gegen das palästinensische Volk. Ebenfalls interessant ist, dass die Anschuldigungen Israels gegen UNRWA am selben Tag veröffentlicht wurden, an dem der IGH Israel aufforderte, das Völkerrecht in Bezug auf Völkermord einzuhalten. Meiner Ansicht nach ist dies ein Versuch Israels, ein schlechtes Licht auf die UN-Institutionen zu werfen und den Fall vor dem IGH zu delegitimieren, da ein Großteil der Anschuldigungen Südafrikas auf Unterlagen von UNRWA-Mitgliedern beruhte. Israel wollte das Hilfswerk jahrzehntelang abschaffen, da es sich um palästinensische Flüchtlinge kümmert. Es kümmert sich auch um die palästinensischen Flüchtlinge, die 1948 aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Israel war also von Anfang an gegen UNRWA, und jetzt sehen sie eine Chance, es zu zerschlagen. Und wenn sich die westlichen Staaten in diesem Fall auf die Seite Israels stellen, könnten sie sich des Hungertodes von Hunderttausenden von Palästinensern schuldig machen.

ZR: Werfen wir noch einen Blick auf andere Entwicklungen im Zusammenhang mit dem israelischen Angriff auf den Gazastreifen. Die jemenitische Huthi-Miliz begann ihre Aktivitäten zur Unterbindung der ihrer Meinung nach völkermörderischen Aktionen Israels im Gazastreifen mit Angriffen auf israelische Handelsschiffe im Roten Meer oder deren

Kaperung. Seitdem haben sie ihre Aktivitäten jedoch ausgeweitet und nehmen auch britische und US-amerikanische Schiffe ins Visier, nachdem das britische und das US-amerikanische Militär in jüngster Zeit eine Reihe von Angriffen im Jemen durchgeführt haben. Darüber hinaus haben die USA Dutzende von Angriffen auf bewaffnete Gruppen im Irak und in Syrien durchgeführt, nachdem Ende Januar drei US-Soldaten in Jordanien durch ein unbemanntes Luftfahrtsystem auf einem Militärstützpunkt nahe der syrischen Grenze getötet worden waren. Washington behauptet, dass diese Angriffe vom Iran unterstützt wurden. Wie beurteilen Sie diese Aktivitäten der Huthis und die allgemeine Lage im Nahen Osten?

FS: Zunächst einmal muss ich feststellen, dass ich keine Sympathien für die Huthis als solche hege. Sie regieren in Teilen des Jemen sehr autoritär. Aber sie haben erklärt, dass sie im Roten Meer alle Arten von Schiffen angreifen werden, die von Israel oder nach Israel fahren, um somit den Angriff auf Gaza zu stoppen. Und sie würden sofort mit den Angriffen auf diese Schiffe aufhören, sobald die Angriffe auf den Gazastreifen eingestellt würden. Es gibt also aus vielen Gründen eine sehr einfache Lösung, nämlich einen Waffenstillstand für Gaza, den viele Organisationen auf der ganzen Welt, viele Staaten, die Mehrheit der Generalversammlung der UN, 153 Staaten, fordern. Es gäbe daher einen einfachen Ausweg aus diesem Konflikt. Die USA tun das, was sie immer tun. Sie können mit Konflikten nicht vernünftig umgehen. Sie können nicht diplomatisch mit Konflikten umgehen. Sie werfen einfach Bomben ab. Das ist alles, was sie tun können. Und sie verärgern die Menschen noch mehr. Und sie eskalieren den Konflikt in der Region, von dem sie immer gesagt haben, dass sie ihn vermeiden wollen. Blinken reiste ständig in den Nahen Osten. Und er sagte immer, man müsse eine Eskalation in der Region vermeiden, und dennoch verschärfen sie die Situation nur. Übrigens, die Bombardierung des Jemen, das haben viele Mitglieder des Kongresses in Washington gesagt, ist nach der amerikanischen Verfassung illegal. Artikel eins der amerikanischen Verfassung besagt, dass nur der Kongress Krieg erklären und Krieg beenden kann, nicht der Präsident. Was Biden hier tut, ist also eindeutig völkerrechtswidrig und sehr kontraproduktiv für die Lösung dieses Konflikts.

ZR: Lassen Sie uns abschließend auf die Ukraine zu sprechen kommen. Am 2. Februar einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf eine finanzielle Unterstützung für die Ukraine in Höhe von 50 Milliarden Euro, die bis 2027 reichen wird. Diese Mittel werden der Ukraine dabei helfen, den öffentlichen Dienst aufrechtzuerhalten, der nach Ansicht der EU für den weiteren Kampf gegen die russische Aggression unerlässlich ist. Dieses Hilfspaket kommt nach einer Auseinandersetzung mit dem ungarischen Premierminister Viktor Orban, der seit Dezember 2023 sein Veto gegen das Paket eingelegt hat. Die Europäische Union drohte nach Angaben der Financial Times damit, die ungarische Wirtschaft zu sabotieren. Die Strategie sah vor, die ungarische Wirtschaftsschwäche zu nutzen, die Währung zu gefährden und das Vertrauen der Investoren zu erschüttern, falls Viktor Orban die Hilfe für die Ukraine weiterhin blockieren sollte. Kurz darauf machte Viktor Orban eine rasche Kehrtwende, und das Hilfspaket der EU wurde genehmigt. Auf der anderen Seite des Atlantiks schlug der US-Senat am 5. Februar ein 108-Milliarden-Dollar-Gesetz vor, das ein 16-Milliarden-Dollar-Hilfspaket für die Ukraine enthält. Dieser Gesetzesentwurf ist seit geraumer Zeit ins Stocken geraten, da viele

konservative Republikaner im Gegenzug eine härtere Position zur Einwanderungspolitik gefordert haben, weshalb nicht abzusehen ist, ob der Entwurf im Kongress durchkommen wird. Wie beurteilen Sie diese Entwicklungen, und glauben Sie, dass diese Hilfspakete der EU und möglicherweise der USA die Bemühungen der Ukraine um einen Sieg gegen Russland im Jahr 2024 beeinflussen werden?

FS: Das Bemerkenswerteste hier ist, dass sowohl die US-Regierung als auch die EU-Regierungen nicht bereit sind, eine einfache, unbequeme Wahrheit zur Kenntnis zu nehmen, nämlich dass die Ukraine nicht in dem Sinne gewinnen kann, wie es seit langem behauptet wurde, d.h. dass sie das gesamte Gebiet, einschließlich der Krim, zurückerobert kann. Das hat sogar der Oberbefehlshaber der Ukraine im letzten Herbst gegenüber *The Economist* gesagt; es handele sich um eine Patt-Situation. Sie können diesen Krieg nicht gewinnen. Ihnen gehen die Leute aus. Selbst wenn sie viel mehr Waffen bekommen, haben sie keine Menschen mehr zur Verfügung. Sie haben Zehntausende von Menschenleben verloren, viele weitere sind verletzt, und die Rekrutierung weiterer Menschen ist ein großes Problem. Ich denke, die Situation erfordert wirklich diplomatisches Handeln. Ich halte nichts von Viktor Orban, und zwar aus vielen Gründen. Zum Beispiel aufgrund seiner vehementen Unterstützung des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen, wegen seiner Haltung zur Migration und ähnlichem, aber ich denke, in diesem Fall hatte er mit seiner Blockade Recht, denn es macht keinen Sinn. Humanitäre Hilfe in die Ukraine zu schicken, wäre sinnvoll. Ich meine, die Menschen dort sind sehr arm, und es ist ein kalter Winter und vieles mehr, sie brauchen jetzt Hilfe. Ich halte diese Hilfe für gerechtfertigt. Aber weitere militärische Hilfe löst das Problem nicht. Wir müssen uns auf Verhandlungen einlassen. Und ich denke, dass Russland daran interessiert sein könnte. Erinnern Sie sich daran, dass es vor zwei Jahren, im April 2022, im März und Anfang April Verhandlungen gab, bei denen fast eine Einigung auf der Grundlage erzielt wurde, dass die Ukraine nicht der NATO beitrifft. Inzwischen hat sich die Lage für die Ukraine deutlich verschlechtert. Tatsächlich ist es unwahrscheinlich, dass sie ihr Territorium im Gegenzug für den Verzicht auf den NATO-Beitritt zurückerhalten. Und diese Situation wird sich wahrscheinlich noch weiter verschlechtern. Wenn Sie also das ukrainische Volk unterstützen wollen, wenn Sie das Töten stoppen und eine vernünftige Lösung finden wollen, müssen Sie aufhören, sich auf diese militaristische Logik einzulassen. Und hier geht es auch um den Umstand, dass die USA sich Schritt für Schritt aus der Unterstützung der Ukraine zurückziehen, da sie natürlich bereits Bescheid wissen. Sie wissen, dass sie nicht gewinnen können. Das amerikanische Militär, General Milley und andere, sagen schon seit langem, dass es sich um eine Pattsituation handelt. Das Pentagon und die Geheimdienste haben erkannt, dass es keinen Sinn macht. Es geht natürlich um die Wahlen in den USA. Und für Präsident Biden ist das ein großes Problem. Es ist unpopulär, viel Geld für ausländische Kriege auszugeben, und die Republikaner nutzen diese Situation aus. Natürlich würden sich die USA gerne auf die eine oder andere Weise aus dieser Angelegenheit zurückziehen, wobei sie möchten, dass die Europäer die Kosten dafür tragen. Und nun haben die Deutschen natürlich, wie eine unserer Abgeordneten, Sahra Wagenknecht, kürzlich sagte, die dümmste Regierung in Europa, was vielleicht stimmt, denn sie sind bereit, die Kosten zu übernehmen. Andere europäische Länder wie Frankreich sind da viel zögerlicher. Und dann gibt es noch die Vorstellung, dass die Ukraine bald der EU beitreten

wird. Ich denke, das ist nicht sehr realistisch, denn Deutschland wird jegliche Kosten tragen – ich meine, wir haben gerade einen neuen Haushalt in Deutschland verabschiedet, mit enormen Kürzungen bei den Sozialausgaben, für ältere Menschen, für alle Arten von Sozialleistungen, während wir das ganze Geld in das Militär stecken, in unser eigenes Militär und das ukrainische Militär – aber ich denke, in anderen Ländern kann das nicht durchgesetzt werden. Die USA sähen es natürlich gerne, wenn die EU die Rechnung für den Schlamassel bezahlen würde, den die Amerikaner gewissermaßen mitverursacht haben.

ZR: Fabian Scheidler, freiberuflicher Journalist und Autor, vielen Dank für Ihre Zeit.

FS: Es war mir ein Vergnügen.

ZR: Und danke für Ihr Interesse an der heutigen Sendung. Bitte vergessen Sie nicht, unseren alternativen Kanälen auf Rumble, Telegram und unserem Podcast namens Podbean zu folgen. YouTube, das sich im Besitz von Google befindet, kann jederzeit, vor allem in Krisenzeiten, Videos mit einem Schattenverbot belegen und zensieren. Wenn Sie sich also regelmäßig unsere Videos ansehen, sollten Sie auf die Beschreibung unten klicken und die Links zu unseren alternativen Plattformen besuchen. Und wenn Sie sich unsere Videos ansehen, sollten Sie noch heute spenden! Wenn alle unsere 145.000 Abonnenten heute spenden, können wir unsere Kosten für die nächsten vier bis fünf Jahre decken. Bitte bedenken Sie, dass hinter den Kulissen ein ganzes Team arbeitet: Kamera, Licht, Ton, Vertonung, Übersetzung, Korrektur – alles mit dem Ziel, Sie mit unabhängigen und gemeinnützigen Informationen zu versorgen. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza, bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:
E-Mail: PayPal@acTVism.org

PATREON:
<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:
Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Thank you for reading this transcript. Please don't forget to donate to support our independent and non-profit journalism:

BANKKONTO:	PAYPAL:	PATREON:	BETTERPLACE:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.	E-Mail: PayPal@acTVism.org	https://www.patreon.com/acTVism	Link: Click here
Bank: GLS Bank			
IBAN: DE89430609678224073600			
BIC: GENODEM1GLS			

The acTVism Munich e.V. association is a non-profit organization with legal capacity. The association pursues exclusively and directly non-profit and charitable purposes. Donations from Germany are tax-deductible. If you require a donation receipt, please send us an e-mail to: info@acTVism.org